

Protokoll 72. Sitzung des Gemeinderats von Zürich

Mittwoch, 13. Dezember 2023, 14.00 Uhr bis 16.32 Uhr, im Rathaus Hard
in Zürich-Aussersihl

Vorsitz: Präsidentin Sofia Karakostas (SP)

Beschlussprotokoll: Sekretariat Dr. Ann-Catherine Nabholz (GLP)

Anwesend: 120 Mitglieder

Abwesend: Walter Anken (SVP), Martina Novak (GLP), Yves Peier (SVP),
Dr. Frank Rühli (FDP), 1 Sitz vakant

Der Rat behandelt aus der von der Präsidentin erlassenen, separat gedruckten Tagliste
folgende Geschäfte:

- | | | | |
|----|------------|---|-----|
| 1. | | Mitteilungen | |
| 2. | 2023/523 | Eintritt von Marita Verbali (FDP) nach Rücktritt von Mélissa Dufournet (FDP) für den Rest der Amtsdauer 2022–2026 | |
| 3. | 2023/431 | Weisung vom 13.09.2023:
Finanzverwaltung, Finanz- und Aufgabenplan 2024–2027 | FV |
| 4. | 2023/543 A | Postulat von Johann Widmer (SVP) und Martin Götzl (SVP)
vom 22.11.2023:
Verzicht auf eine Erhöhung der Lohnsumme ab dem Budget
2025 während fünf Jahre | FV |
| 5. | 2023/430 | Weisung vom 13.09.2023:
Finanzverwaltung, Budgetvorlage 2024 (Detailbudgets und
Globalbudgets), Kapitalaufnahmen 2024 | STR |

Mitteilungen

Die Mitteilungen der Ratspräsidentin werden zur Kenntnis genommen.

Die Ratspräsidentin gibt den Hinschied von Alt-Stadtrat Hans Frick (LDU) bekannt und verliest einen Nachruf auf den Verstorbenen.

Der Gemeinderat erhebt sich für eine Schweigeminute.

Die Ratspräsidentin drückt ihr Beileid aus.

2614. 2023/562

Motion der AL-, Grüne-, GLP-, SP- und Die Mitte/EVP-Fraktion vom 06.12.2023: Realisierung von gemeinnützigen Wohnungen und Gewerberäumen mit ausreichendem Grün- und Freiraum zusätzlich zu den Alterswohnungen auf dem Josef-Areal, Teilrevision der Bau- und Zonenordnung

Karen Hug (AL) beantragt Dringlicherklärung und begründet diese.

Der Rat wird über den Antrag am 10. Januar 2024 Beschluss fassen.

Mitteilung an den Stadtrat

2615. 2023/575

Postulat von Patrik Maillard (AL) und Moritz Bögli (AL) vom 06.12.2023: Ausschliessliches Angebot von oberirdischen Unterkünften für Asylsuchende

Patrik Maillard (AL) beantragt Dringlicherklärung und begründet diese.

Der Rat wird über den Antrag am 10. Januar 2024 Beschluss fassen.

Mitteilung an den Stadtrat

Geschäfte

2616. 2023/523

Eintritt von Marita Verballi (FDP) nach Rücktritt von Mélissa Dufournet (FDP) für den Rest der Amtsdauer 2022–2026

In Anwendung von § 108 des Gesetzes über die politischen Rechte (GPR, LS 161) hat der Stadtrat mit Beschluss vom 22. November 2023 anstelle von Mélissa Dufournet (FDP 3) mit Wirkung ab 8. Dezember 2023 für den Rest der Amtsdauer 2022 bis 2026 als gewählt erklärt:

Marita Verballi (FDP 3), 1970, Bereichsleiterin strategische Unternehmensentwicklung

2617. 2023/431**Weisung vom 13.09.2023:****Finanzverwaltung, Finanz- und Aufgabenplan 2024–2027**

Antrag des Stadtrats

Unter Ausschluss des Referendums:

Der Finanz- und Aufgabenplan 2024–2027 wird zur Kenntnis genommen.

Referat zur Vorstellung der Weisung: Florian Utz (SP), Präsidium

(Fraktionserklärungen siehe Beschluss-Nrn. 2618/2023–2624/2023)

An den nachfolgenden Fraktionserklärungen werden keine sprachlichen Korrekturen vorgenommen.

2618. 2023/582**Erklärung der SP-Fraktion vom 13.12.2023:****Budget 2024 und FAP 2024–2027**

Namens der SP-Fraktion verliest Tiba Ponnuthurai (SP) folgende Fraktionserklärung:

Budget 2024: Investieren in Wohnungen, Tagesschule & Klimaschutz

Der Stadtrat budgetiert für das Jahr 2024 ein Defizit von 215,8 Mio. Franken. Erfahrungsgemäss wird die Rechnung aber deutlich besser abschneiden, sodass die Stadt Zürich finanziell weiterhin gesund ist – und den finanziellen Spielraum hat, um die Volksentscheide zu Wohnbau, Tagesschulen und Klimaschutz umzusetzen.

In den Jahren 2014 bis 2022 hat die Rechnung der Stadt Zürich jeweils mit Überschüssen abgeschlossen, mehrheitlich sogar im dreistelligen Millionen-Bereich. Dies tat sie trotz oftmals budgetierter Defizite; in aller Regel schneiden die Rechnungen nämlich deutlich besser ab als die Budgets. Das nun budgetierte Defizit kann also nicht darüber hinwegtäuschen, dass die Stadtzürcher Finanzen gesund sind. Umso mehr gilt dies, als absehbar ist, dass die Stadt im kommenden Jahr vom Kanton eine (derzeit noch nicht budgetierte) Rückerstattung in Höhe von über 200 Mio. Franken erhalten wird.

Wohnbau, Tagesschule, Klimaschutz

Dieser finanzielle Spielraum ist wichtig, denn es gibt in unserer Stadt viel zu tun. So gilt es namentlich, das vom Volk beschlossene Drittelsziel zur Schaffung von mehr bezahlbaren Wohnungen umzusetzen. Die SP begrüsst ausdrücklich, dass der Stadtrat die dafür vorgesehenen Mittel nochmals deutlich erhöht hat und nun eine halbe Milliarde Franken für den Kauf von Grundstücken und Liegenschaften zur Verfügung stellt. Damit wird nicht nur der Volksentscheid respektiert, sondern es werden auch viele Zürcherinnen und Zürcher finanziell entlastet – schliesslich ist die Miete für die meisten Haushalte der grösste Kostenfaktor überhaupt.

Auch in anderen Bereichen ist der Investitionsbedarf hoch, so insbesondere auch beim Klimaschutz sowie bei der Einführung der Tagesschulen. In beiden Bereichen fordert die SP mit gezielten Anträgen, dass die Stadt bei der Umsetzung der Volksentscheide noch rascher vorwärtsmacht als bisher. Für den Klimaschutz ist überdies auch ein gut ausgebautes öV-Angebot von grosser Bedeutung; die SP bedauert deshalb die Abschaffung des abendlichen 10-Minuten-Taktes bei den VBZ und fordert mit einem Massnahmenpaket dessen raschestmögliche Wiedereinführung.

Stabilität und Verlässlichkeit beim Steuerfuss

Keinen Handlungsbedarf sieht die SP beim Steuerfuss. Eine Erhöhung kommt nur schon im Lichte des Eigenkapitals der Stadt nicht in Frage. Umgekehrt drängt sich angesichts von zahlreichen Ungewissheiten auch keine Senkung auf; insbesondere ist heute noch schwer abzuschätzen, wie sich der massive Stellenabbau im Rahmen der Übernahme der CS durch die UBS auf die Steuereinnahmen von den natürlichen Personen auswirkt. Die SP steht deshalb beim Steuerfuss weiterhin für Stabilität und Verlässlichkeit.

Gleichzeitig lehnt die SP eine Mehrbelastung des Mittelstandes durch höhere Gebühren in den Gesundheitsszentren für das Alter ab. Freisinn, Grünliberale und Mitte/EVP fordern heute einerseits eine dreiprozentige

Steuersenkung, andererseits aber massiv höhere Gebühren für die Seniorinnen und Senioren, und überdies wollen sie beim Engagement der Stadt für bezahlbare Wohnungen auf die Bremse treten. Unter dem Strich führt dies zu einer massiven Umverteilung: Unternehmen und Reiche profitieren, wohingegen der Stadtzürcher Mittelstand die Zeche bezahlt. Eine solche Politik der sozialen Kälte wird von der Sozialdemokratie entschieden abgelehnt.

Vielmehr müssen nun die Volksentscheide zu Wohnbau, Tagesschule und Klimaschutz umgesetzt werden. Das können wir, ohne gleichzeitig die Steuern zu erhöhen oder – wie die erwähnten bürgerlichen Parteien – an der Gebührenschaube zu drehen. Das zeigt einmal mehr: Wenn Rot-Grün regiert, geht es den Menschen besser.

2619. 2023/583

Erklärung der FDP-Fraktion vom 13.12.2023: Budget 2024 und FAP 2024–2027

Namens der FDP-Fraktion verliest Martin Bürki (FDP) folgende Fraktionserklärung:

Masslosigkeit stoppen, Wohlstand sichern – Steuersenkung jetzt!

Auch dieses Jahr wiederholt sich einmal mehr dasselbe Spiel – wie könnte es auch anders sein, die Politik hat sich schliesslich ebenfalls nicht geändert. Der Stadtrat präsentiert ein defizitäres Budget. Daher seien Steuersenkungen jetzt gerade nicht opportun. Effektiv wachsen aber die Steuererträge Jahr für Jahr. Bei der Präsentation der Rechnung werden wir dann wieder damit “überrascht”, dass die Jahresrechnung viel besser abschliesst als im Budget vorgesehen. Für eine Steuersenkung ist es dann schon zu spät. So führt der Stadtrat das Parlament und die Bevölkerung seit Jahren an der Nase herum.

Jedes Jahr wird eine andere Ausrede aus dem Hut gezaubert, warum gerade jetzt eine Steuersenkung unmöglich sei. Das war einmal die Unternehmenssteuerreform, dann war es COVID und nun ist es die Übernahme der CS durch die UBS. Zum Jahresende schliesst die Stadt dann aber trotzdem mit einem Einnahmenüberschuss ab.

Einen Unterschied gibt es im diesjährigen Budget; wegen einer ausserordentlichen Rückzahlung durch den Kanton zeichnet sich im Minimum eine schwarze Null ab. Nicht zu vergessen sind auch die Einnahmen aus der Grundstückgewinnsteuer. Da ist die Stadt zum Teil viele Jahre im Verzug mit der Einforderung der Beiträge. Das ist ein gut gefüllter geheimer Reservetopf, der nach Belieben ausgeschüttet wird, um Ende Jahr einen positiven Abschluss zu präsentieren.

Umso unverständlicher, dass der Stadtrat nicht von sich aus endlich auch die Steuerzahlerinnen und Steuerzahler entlasten möchte. In Zeiten hoher Inflation, steigender Lebensmittelpreise und Mieten wäre jetzt der richtige Zeitpunkt, der Bevölkerung mehr Geld im Portemonnaie zu belassen und die Wirtschaft zu entlasten.

Die FDP fordert deshalb eine moderate Steuersenkung von 3 Prozentpunkten (Steuerfuss von 119 auf 116 Prozent senken). Mitte/EVP, SVP und glp schliessen sich dieser Forderung an.

Die sprudelnden Steuereinnahmen wirken auf rot-grüne Parteien ganz offensichtlich wie ein Rauschmittel: Sie geben gleich das gesamte Geld an der (Ausgaben-) Bar aus, um sich einen spassigen Abend mit ihren Gästen zu gönnen. Und sie denken nicht an das böse Erwachen am nächsten Tag, wenn der Kopf schmerzt und das Portemonnaie leer ist.

Das gilt es für unsere Stadt zu verhindern. Geben wir der aktuellen links-grünen Mehrheit daher weniger zum Ausgeben ins Portemonnaie, und reduzieren wir die Steuern für die Bevölkerung und die Wirtschaft.

Unsere Anträge zeigen, wo die Stadt Aufwand betreibt, der ersatzlos gestrichen werden kann. Das geht von der Kunstberatung für Mitarbeitende, über die Kompostpolizei zum wuchernden Ausbau der sogenannten Erinnerungskultur. Die linke Ratsseite lehnt diese sinnvollen Streichungsanträge nicht nur alle ab, sondern legt auch noch eine Schippe drauf, nach dem Motto: “Dörfs äs Bitzeli meh si?” Ah doch, an einem Ort will links-grün sparen; bei der Sicherheit. So sollen Helikopterflüge bei Grossanlässen zum Crowdmanagement gestrichen werden. Und die Polizei soll weder Munition für Taser noch für Tränengas erhalten. Willkommen sind im real existierenden Stadtzürcher Mehrheitsparteien-Milieu offenbar nur noch Krawallanten, nicht aber Steuerzahlerinnen und Steuerzahler.

2620. 2023/584**Erklärung der Grüne-Fraktion vom 13.12.2023:
Budget 2024 und FAP 2024–2027**

Namens der Grüne-Fraktion verliest Felix Moser (Grüne) folgende Fraktionserklärung:

Budget 2024: Solide Finanzen – mehr Grün, mehr Wohnungen, mehr Chancengerechtigkeit

Wir GRÜNEN begrüssen grundsätzlich das vom Stadtrat vorgelegte Budget 2024. Während der Stadtrat beim Wohnen reichlich Mittel budgetiert, sehen wir bei anderen Punkten Nachholbedarf. So verlangen wir für die Schule mehr Stellen für Kinder mit einer Autismus-Spektrum-Störung sowie für den Unterricht in Deutsch als Zweitsprache, bei welchem die Stadt nicht einmal die kantonalen Mindestvorgaben einhält. Bei der Sozialen Hilfe soll die Überwachung durch gezielte Unterstützung abgelöst werden, und damit das Sozialinspektorat abgeschafft werden.

Das Budget der Stadt Zürich mit 216 Millionen Franken Ausgabenüberschuss ist deutlich rot, liegt aber trotzdem im Bereich von nur knapp zwei Prozent der Bilanzsumme von 11 Milliarden Franken. Da die die Stadt regelmässig deutlich besser abschliesst als budgetiert – nicht zuletzt dank der umsichtigen grünen Finanzpolitik und wegen dem Spezialeffekt der voraussichtlichen Rückzahlung der Versorgertaxen von 250 Millionen Franken –, kann jetzt schon vorausgesagt werden, dass das Finanzjahr 2024 positiv abschliessen wird.

Von den 838 neu budgetierten Stellen sind rund die Hälfte für die Schule vorgesehen, dies wegen des Ausbaus der Tagesschule und des Zuwachs an Schüler*innen. Wir GRÜNE beantragen weitere Stellen für die Schule, da gerade bei einem starken Ausbau die Chancengerechtigkeit nicht vergessen werden darf. Wir fordern zusätzliche Stellen für DaZ-Lehrpersonen (Deutsch als Zweitsprache), weil die kantonalen Mindestvorgaben nicht eingehalten werden, sowie mehr Unterstützung für Kinder mit Autismus-Spektrum-Störung, damit sie angemessen gefördert werden können.

Weitere Schwerpunkte sind für uns GRÜNE die budgetierten Stellen und die finanziellen Mittel für die Umsetzung der Stadtgrün-Initiative, die in vielen Punkten wichtige Massnahmen bringen wird, um uns gegen die Klimaerhitzung zu wappnen. Um der deutlichen Abnahme des Grünvolumens entgegenzuwirken, soll die Pflanzung von neuen Bäumen weiterhin forciert werden. Darum fordern wir eine Erhöhung des Betrags für die Baumpflanzungen. Ausserdem begrüssen wir es sehr, dass der Stadtrat genügend Mittel eingestellt hat, um den Kauf von Liegenschaften und Grundstücken voranzutreiben, um so dem Ziel von einem Drittel bezahlbaren Wohnungen näherzukommen.

Mit weiteren Anträgen setzen wir uns im Budget 2024 für die Stärkung der Grundrechte aller Menschen in dieser Stadt ein. Das Sozialinspektorat soll künftig durch mehr Massnahmen im sozialen Bereich ersetzt werden, weshalb wir beim Sozialinspektorat Stellen streichen möchten, um diese im Gegenzug bei den Sozialen Diensten aufzubauen. Und angesichts der Tatsache, dass wir global gesehen von einer Krise zur anderen schlittern, beantragen wir, die Mittel für humanitäre Hilfe deutlich zu erhöhen. Gerade auch im Hinblick auf die Klimakrise ist diese Erhöhung zentral.

Der Steuerfuss soll unangetastet bleiben. Zwar sieht es dank der einmaligen Zahlung des Kantons gut aus für das kommende Jahr. Eine Steuersenkung kommt für uns aber nicht in Betracht. Falls möglich soll ein Überschuss zur Reduktion von Kapitalaufnahmen und damit zur Reduktion der wieder steigenden Zinslast genutzt werden.

Damit die Stadt Zürich den Bedürfnissen möglichst all ihrer Bewohner*innen gerecht wird und ein lebenswertes und diskriminierungsfreies Leben möglich ist, braucht es bezahlbare Wohnungen, eine chancengerechte Bildung, das Einhalten von Grundrechten und genügend Erholungs- und Grünräume. Mit dem vorgelegten Budget für 2024 und unseren Anträgen kommen wir diesem Ziel einen Schritt näher.

2621. 2023/585**Erklärung der GLP-Fraktion vom 13.12.2023:
Budget 2024 und FAP 2024–2027**

Namens der GLP-Fraktion verliest Sven Sobernheim (GLP) folgende Fraktionserklärung:

Grünliberale Finanzpolitik; Investitionen und Steuersenkung bei schwarzer Null

Diese Budgetdebatte ist anders. Denn wir können nicht wie jedes Jahr nur davon ausgehen, dass die Rechnung besser abschliessen wird, als das vom Stadtrat vorgelegte Budget, nein, wir wissen es schon mit Si-

cherheit. Rund 250 Millionen schuldet der Kanton der Stadt Zürich aufgrund der Rückerstattung zu viel bezahlter Versorgertaxen. Diese werden im Jahr 2024 fliessen und somit das geplante Defizit von 215,8 Millionen Franken bereits wieder ausgleichen.

Natürlich ist dies ein Einmaleffekt, aber es zeigt deutlich, dass wir jedes Jahr mit Einmaleffekten, verschobenen Investitionen und ähnlichem rechnen können und rechnen müssen. Für die GLP steht somit ausser Frage, dass wir uns eine Steuersenkung auf 116% leisten können, ja leisten müssen und diesen tieferen Steuersatz auch mindestens über die nächsten 5 Jahre halten können.

Wir sind mit dem Budget grundsätzlich zufrieden und die GLP hat sich daher in den Detailanträgen darauf fokussiert, blockierte Entscheide des Stadtrats zu korrigieren oder neue Ideen zur Lösung der Probleme zu lancieren. Wir fordern eine Fachstelle «Bestellerkompetenz», damit verwaltungsinterne Bestellungen, welche teilweise sehr hohe Kosten nach sich ziehen, besser überwacht werden.

Weiter setzen wir uns für die Elektromobilität ein und wenn der Stadtrat sein Konzept immer mehr auf die lange Bank schiebt, dann muss der Gemeinderat handeln. Wir haben daher Projekte gesucht, bei welchen der Bedarf offensichtlich ist und der Parkplatzabbau bereits so beschlossen ist, dass es nur noch um das restliche Minimum geht. Diese restlichen Parkplätze sollen aber endlich elektrifiziert werden und wir sind froh, dass wir dafür teilweise Mehrheiten finden konnten.

Ebenfalls haben wir erreicht, dass einstimmig eine Stelle für Antisemitismus geschaffen werden soll. Die Fachstelle für Gleichstellung soll als niederschwellige Anlaufstation diese Aufgabe übernehmen. Auch setzt die GLP weiter ihr Versprechen zur Schaffung der Hälfte der beantragten Polizeistellen um. Sie verzichtet aber darauf, dem Stadtrat irgendwelche Zeichen zu setzen. Zum Beispiel ist es für die GLP-Fraktion völlig unbestritten, dass die Veloförderung richtig und wichtig ist. Dies geschieht aber nicht besser oder schneller, wenn in diesem Budget noch weitere Stellen Velosicherheit oder Jurist:innen geschaffen werden. Blockiert ist der Ausbau an internen Prozessen, in der komplizierten Stadtverwaltung und beim politischen Willen in die Vollen zu gehen.

Die GLP-Fraktion ist bereit, in eine lebenswerte, moderne, progressive Stadt zu investieren. Dies wird mit dem vorliegenden Budget erreicht. Für eine lebenswerte, progressive, klimaneutrale, urbane Stadt Zürich! Natürlich geht das.

2622. 2023/586

Erklärung der SVP-Fraktion vom 13.12.2023: Budget 2024 und FAP 2024–2027

Namens der SVP-Fraktion verliest Johann Widmer (SVP) folgende Fraktionserklärung:

Die Wohlstandskrise verlangt antizyklisches Verhalten

Der Mittelstand ist spürbar unter Druck. Die Preise für Güter, Lebensmittel oder Energie sind überproportional gestiegen. Hinzukommt der Prämien-Schock bei den Krankenkassen und die Mietzinserhöhungen. Der Gemeinderat muss in einer solchen Wohlstandskrise seine Verantwortung wahrnehmen und antizyklisch handeln: Steigen die Lebenskosten so massiv an, müssen die Steuern entsprechend runter. Die SVP ist bei der Höhe der Steuersenkung kompromissbereit.

Es gibt aktuell bis zu 20 Prozent mehr Betreibungen. Dies ist ein starkes Indiz, dass es für viele Familien kaum mehr zum Leben reicht. Auch der Mittelstand ist spürbar unter Druck. Die Wohlstandskrise ist also akut. Der Gemeinderat hat es nun in der Hand, die Bevölkerung finanziell zu entlasten. Die Zeit für Steuersenkungen ist längst überfällig. Allein in den Rechnungsjahren 2016 bis 2021 schloss die Stadt Zürich mit einem kumulierten Ertragsüberschuss von rund 960 Millionen Steuerfranken ab. Dennoch verharren die ordentlichen Gemeindesteuern auf hohen 119 Prozent.

Weniger Staat mehr Freiheit

Die Wohlstandskrise ist das Ergebnis von unklugen politischen Entscheidungen in der Innen- und Aussenpolitik. Ein starker Treiber ist die hohe Regulierungsdichte auf allen drei Staatsebenen. Viele Politiker meinen, alles bis ins kleinste Detail regeln und notfalls verbieten zu müssen. Dabei muss diesen staatsgläubigen Politikern klar sein, dass jede Regulierung der Wirtschaft schlussendlich immer die Konsumenten bezahlen. Personen mit tiefem Einkommen trifft dies besonders hart. Der Staat muss sich deshalb wieder auf seine Kernaufgaben besinnen und diese bürgernah und kostengünstig umsetzen. Wir brauchen zum Beispiel kein staatlichen Sportpalast für 400 Millionen Steuerfranken, wie dies in Oerlikon geplant ist.

Die SVP will massive Steuersenkung

Die Politik soll die Bürger und die Wirtschaft möglichst in Ruhe lassen. Der Grundsatz muss wieder heissen: Weniger Staat mehr Freiheit. Problemlos lässt sich die Regulierungsdichte in der Stadt Zürich massiv abbauen – ohne dass dies im Alltag negativ spürbar ist. Die Menschen brauchen keine staatliche Betreuung in allen Lebensbereichen. Durch eine freiheitliche und bürgernahe Politik lässt sich problemlos eine dauerhafte Steuersenkung von 7 Prozentpunkte umsetzen. Wir können als Konjunkturprogramm für den Mittelstand diese auch nur für ein Jahr bewilligen. Die Festlegung des Steuerfusses findet jährlich während der Budgetdebatte statt. Der Mittelstand braucht in dieser Wohlstandskrise rasch mehr Kapital, also deutlich weniger Steuern.

Schweizerischen Kompromiss finden

Deshalb zeigt sich die SVP bei der Höhe der Steuersenkung wie immer kompromissbereit. Die SVP fordert zwar mit aller Deutlichkeit eine Reduktion des Steuersatzes um 7 Prozentpunkte - wenn sich aber eine Mehrheit für eine Senkung auf 116 Prozentpunkte findet, wird die SVP mitmachen. Lieber der Spatz in der Hand als die Taube auf dem Dach. Sollten sich die linken Parteien aber aus ideologischen Gründen nicht zu einem Kompromiss durchringen können, so sind diese für die Zuspitzung der Wohlstandskrise verantwortlich.

2623. 2023/587

Erklärung der Die Mitte/EVP-Fraktion vom 13.12.2023: Budget 2024 und FAP 2024–2027

Namens der Die Mitte/EVP-Fraktion verliest Markus Haselbach (Die Mitte) folgende Fraktionserklärung:

Fraktionserklärung zum Budget 2024 der Stadt Zürich

Das vom Stadtrat vorgestellte Budget 2024 inklusive Novemberbrief zeigt in fast in allen Bereichen gegenüber den Vorjahren signifikant höhere Zahlen. Die Nettoinvestitionen ins Verwaltungsvermögen steigen stark auf beinahe 1.6 Milliarden Franken an. Gemäss dem Finanz- und Aufgabenplan 2024 – 2027 ist die Spitze erreicht, für die Folgejahre sind tiefere Werte prognostiziert. Diese hohen Investitionen sind für die Fraktion der Mitte – EVP an sich erfreulich. So wird die Infrastruktur für die wachsende Stadt bereitgestellt, bzw. bleibt in einem guten Zustand. Hingegen ist der Selbstfinanzierungsgrad von 41 % ungenügend. Dies auch wenn dieser Wert erfahrungsgemäss in der Rechnung jeweils höher zu liegen kommt.

Das Budget weist einen Verlust von 216 Millionen Franken aus und dies, obwohl die Steuereinnahmen wiederum Rekordwerte erreichen werden. Ein Treiber ist der Personalaufwand. Die Fraktion Die Mitte – EVP anerkennt, dass in einzelnen Departementen mit der steigenden Bevölkerungszahl bspw. im Schulbereich neue Stellen geschaffen werden müssen. Das Stellenwachstum, bzw. die Überprüfung des aktuellen Stellenplans muss aber in allen Departementen noch mehr zum Thema werden. Zudem wird es auch im nächsten Jahr nicht gelingen, sämtliche offenen Stellen zu besetzen – Stichwort Fachkräftemängel. Die Überprüfung der Notwendigkeit dieser Stellen könnte dazu führen, dass ein Teil dieser Soll-Stellen gestrichen werden kann.

Die Fraktion Die Mitte – EVP erwartet, dass der Gemeinderat durch seine Änderungen das Budget in die Nähe einer schwarzen Null bringt, dies insbesondere durch den Einbezug von 200 Millionen Franken für die Rückerstattung zu viel bezahlter Versorgungstaxen durch den Kanton. Weiter unterstützen wir den generellen Abzug für unbesetzte Stellen und in einigen Dienstabteilungen die Ablehnung neuer Sollstellen. Im Übrigen wird die Fraktion der Mitte – EVP nur zusätzlichen Mitteln für Elektromobilität und für die Bekämpfung von Antisemitismus zustimmen, ansonsten werden wir dem vorgelegten Budget des Stadtrates folgen. Wir werden also die meisten Anträge auf zusätzliche finanzielle oder personelle Mittel für bestimmte Anliegen ablehnen. Aus der Sicht Die Mitte – EVP sollen diese Wünsche über den ordentlichen parlamentarischen Prozess eingereicht, vom Gemeinderat diskutiert und vom Stadtrat ordentlich ins Budget eingestellt werden. Leider sind auch die Kostenfolgen von durchgesetzten Wünschen der links-grünen Mehrheit im Parlament deutlich im Budget sichtbar. Was geschieht aber, wenn der Wirtschaftsmotor nicht mehr so erfreulich läuft wie aktuell? Die Fraktion der Mitte – EVP appelliert an die links-grüne Mehrheit auch diesen Aspekt zu berücksichtigen und Mass zu halten.

Aus Sicht der Fraktion Die Mitte – EVP sind die Finanzen der Stadt Zürich robust und solide. Daher sehen wir auch dieses Jahr, insbesondere unter Berücksichtigung der tatsächlichen Rechnungsergebnisse in den letzten Jahren die Möglichkeit für eine moderate Senkung des Steuersatzes auf 116%, um die Attraktivität der Stadt Zürich für die Bevölkerung wie auch für die Unternehmen zu erhalten.

2624. 2023/588**Erklärung der AL-Fraktion vom 13.12.2023:
Budget 2024 und FAP 2024–2027**

Namens der AL-Fraktion verliest Tanja Maag Sturzenegger (AL) folgende Fraktionserklärung:

Was sich Zürich leisten kann

Der Blick der AL auf das Budget 2024 orientiert sich an den Aspekten Wohnen, Soziales und Gesundheit. Die komfortable Ausgangslage, die das Budget 2024 vorlegt, zeigt: Zürich muss es sich leisten, in diesen Bereichen verstärkt zu investieren.

Kluge Interventionen auf dem Wohnmarkt fördern die soziale Diversität

Die Verknappung des Wohnraums in Zürich ist eine Geschichte von verpassten staatlichen Interventionen und eines permanenten Marktversagens. Der Mangel an Wohnraum hat grosse Auswirkungen auf das Leben der Menschen und auf die soziale Durchmischung, ein zentrales Element einer lebendigen Gesellschaft. Zwar gab es nie eine Zeit, wo allein unser freie Wille statt unseres begrenzten Kontos unsere Wohngegend bestimmt hätte. Doch jedes Jahr schauen wir in dieser Stadt zu, wie hauptsächlich jene mit dem ganz dicken Portemonnaie in allerweltsschicke und hype Stadtgegenden einziehen, während andere in die soziale Kälte jenseits der Stadtgrenze katapultiert werden.

Der Erhalt einer sozialen Vielfalt und die Erstellung einer Balance zwischen Wohn-, Arbeits- und Lebensraum bedingen eine Verlangsamung der heisslaufenden Prozesse auf dem Wohnungsmarkt. Die AL fordert stabilisierende Massnahmen gegen die Wohnspekulation, gegen die Fortsetzung des Zweitwohnungsbooms sowie dringende Umsetzungspläne für die forcierte Realisierung von gemeinnützigem Wohnraum. Kluge Areal- und Liegenschaftskäufe zu tätigen soll 2024 weiterhin Ziel sein, sowohl für den Stadtrat als auch für die städtischen Wohnbaustiftungen. Die entsprechenden Mittel sind im Budget eingestellt. - Wir haben auch die Hoffnung, dass der Wohnraumfonds seine Wirkung ab Mitte 2024 entfalten wird. Beides kann bzw. muss sich Zürich – der bürgerlichen Angriffswelle auf den Steuerfuss zum Trotz – leisten. Insbesondere sieht die AL den Stadtrat in der Verantwortung, die Weiterentwicklung bestehender Förderinstrumente voranzutreiben. Ein weiteres passives Beobachten der Lage kommt für uns nicht in Frage.

Eine Stadt, welche sich alle leisten können

Erfreulich sind für die AL verschiedene Projekte, die zur Stärkung der sozialen Situation vieler Stadtbewohner:innen führen. Vom Leistungsausbau der AOZ im Bereich unbegleiteter-, minderjähriger Asylsuchenden über die Energiekostenzulage für einkommensschwache Personen bis zum Mindestlohn hat die AL verschiedene Initiativen zur Stärkung von Menschen in prekären Situationen ergriffen, die sich zu grossen Teilen im Budget abbilden. Zürich muss aber in diesem Bereich mehr leisten, damit sich die Menschen Zürich überhaupt leisten können. Die AL fordert darum nach einer über zehnjährigen Pause eine bescheidene Lohnerhöhung für die städtischen Lernenden in der Grundbildung. Die saftige Taxerhöhung, die der Stadtrat alten und pflegebedürftigen Menschen bescheren will, gilt es zu stoppen. Ausser Zweifel steht zudem, dass dem dringenden Raumbedarf Kunstschaffender Rechnung getragen werden soll.

Gesundheit – grösser und ganzheitlicher gedacht

Gesundheit verstehen wir aus ganzheitlichem Blickwinkel quer durch verschiedene Lebensspannen und Bereiche. Menschen präventiv in ihren Kompetenzen zu stärken, löst initial einen finanziellen Aufwand aus, der sich jedoch mehrfach auszahlt. Dies gilt sowohl in der Gesundheitsversorgung als auch in der Arbeits- und Schulwelt. Beispielsweise unterstützen wir im Schulbereich Anträge zu Bestrebungen für sinnvolle und nötige personelle Settings im Unterrichtsstalltag, um Kindern mit besonderen Bedürfnissen gerecht zu werden. Dies hat wiederum einen positiven Effekt auf deren ganzes Lebensumfeld.

Ferner gibt es im Übergang zwischen einem stationären Aufenthalt und dem Leben zu Hause sowohl für Patient:innen wie auch für junge Familien nach einer Geburt Potenzial, deren Gesundheitskompetenz und Resilienz für die nächste Lebensphase zu stärken. Mit dem Antrag für ein Familien- oder Patient:innen-Hotel nimmt die AL eine konkrete, kreative Idee aus der Praxis auf. Und zu guter Letzt: Dass die Gesundheitsversorgung aus öffentlicher Hand angeboten werden soll, bleibt für die AL eine unantastbare Maxime. Daher sind die budgetierten Kosten für die stadträtlichen Auslagerungsfantasien zu kürzen. Solche Experimente muss sich Zürich nicht leisten.

2617. 2023/431**Weisung vom 13.09.2023:****Finanzverwaltung, Finanz- und Aufgabenplan 2024–2027**

Namens des Stadtrats nimmt der Vorsteher des Finanzdepartements Stellung.

Eintreten ist unbestritten

Änderungsantrag

Die Mehrheit der RPK beantragt Ablehnung des nachfolgenden Änderungsantrags.

Die Minderheit der RPK beantragt folgende Änderung zum Antrag des Stadtrats:

Der Finanz- und Aufgabenplan 2024–2027 wird ablehnend zur Kenntnis genommen.

Mehrheit: Referat: Florian Utz (SP), Präsidium; Felix Moser (Grüne), Vizepräsidium; Përparim Avdili (FDP), Dr. Florian Blättler (SP), Martin Bürki (FDP), Markus Haselbach (Die Mitte), Tanja Maag Sturzenegger (AL), Tiba Ponnuthurai (SP), Sven Sobernheim (GLP), Barbara Wiesmann (SP)
Minderheit: Referat: Johann Widmer (SVP)

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 85 gegen 33 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

Schlussabstimmung

Die Mehrheit der RPK beantragt Zustimmung zum Antrag des Stadtrats.

Die Minderheit der RPK beantragt Ablehnung des Antrags des Stadtrats.

Mehrheit: Referat: Florian Utz (SP), Präsidium; Felix Moser (Grüne), Vizepräsidium; Dr. Florian Blättler (SP), Markus Haselbach (Die Mitte), Tanja Maag Sturzenegger (AL), Tiba Ponnuthurai (SP), Sven Sobernheim (GLP), Barbara Wiesmann (SP)
Minderheit: Referat: Johann Widmer (SVP)
Enthaltung: Përparim Avdili (FDP), Martin Bürki (FDP)

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 86 gegen 33 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

Damit ist in Übereinstimmung mit dem Stadtrat beschlossen:

Unter Ausschluss des Referendums:

Der Finanz- und Aufgabenplan 2024–2027 wird zur Kenntnis genommen.

Mitteilung an den Stadtrat sowie amtliche Publikation am 20. Dezember 2023 gemäss Art. 37 der Gemeindeordnung

2625. 2023/543**Postulat von Johann Widmer (SVP) und Martin Götzl (SVP) vom 22.11.2023:
Verzicht auf eine Erhöhung der Lohnsumme ab dem Budget 2025 während fünf
Jahre**

Gemäss schriftlicher Mitteilung lehnt der Vorsteher des Finanzdepartements namens des Stadtrats die Entgegennahme des Postulats zur Prüfung ab.

Johann Widmer (SVP) begründet das Postulat (vergleiche Beschluss-Nr. 2537/2023).

Namens des Stadtrats nimmt der Vorsteher des Finanzdepartements Stellung.

Das Postulat wird mit 12 gegen 86 Stimmen (bei 22 Enthaltungen) abgelehnt.

Mitteilung an den Stadtrat

2626. 2023/430**Weisung vom 13.09.2023:
Finanzverwaltung, Budgetvorlage 2024 (Detailbudgets und Globalbudgets),
Kapitalaufnahmen 2024**

Antrag des Stadtrats

Unter Ausschluss des Referendums:

1. a. Die Detailbudgets der Erfolgsrechnung und der Investitionsrechnung der Stadt Zürich für das Jahr 2024 werden genehmigt.
b. Die Globalbudgets der Stadt Zürich für das Jahr 2024 werden genehmigt.
2. Der Stadtrat wird ermächtigt, die zentral bei der Institution 1060 (Gesamtverwaltung) eingestellten Budgetkredite von Fr. 60 089 400.– für das städtische Lohnsystem (SLS) einschliesslich Spontanprämien und den Teuerungsausgleich (einschliesslich Arbeitgeberbeiträge) nach erfolgter Lohnrunde 2024 auf die Organisationseinheiten mit eigenen Lohnkonten zu übertragen.
3. Die ordentlichen Gemeindesteuern für das Jahr 2024 werden auf 119 Prozent der einfachen Staatssteuer festgesetzt.

Beratungsgrundlagen:

- Budget 2024, Vorlage des Stadtrats vom 13.09.2023
- Novemberbrief vom 01.11.2023
- Bericht der Rechnungsprüfungskommission (RPK) vom 04.12.2023
- Anträge der RPK vom 04.12.2023, einschliesslich Übersicht über die mit dem Budget zu behandelnden Vorstösse

Referat zur Vorstellung der Weisung: Florian Utz (SP), Präsidium

(Fraktionserklärungen siehe Beschluss-Nrn. 2618/2023–2624/2023)

Namens des Stadtrats nimmt der Vorsteher des Finanzdepartements Stellung.

Eintreten ist unbestritten

Beschlüsse:

S. -	10	BEHÖRDEN UND GESAMTVERWALTUNG		
	3132 00 000	Honorare externe Berater, Gutachter, Fachexperten usw.		
		Verbesserung	Verschlechterung	Betrag
				Stimmen
001.	Antrag Stadtrat	gemäss Budgetentwurf inkl. Nachtrag		Mehrheit
				Vizepräsidium Felix Moser (Grüne) Referat, Präsidium Florian Utz (SP), Dr. Florian Blättler (SP), Markus Haselbach (Die Mitte), Tanja Maag Sturzenegger (AL), Tiba Ponnuthurai (SP), Sven Sobernheim (GLP), Barbara Wiesmann (SP)
		28 451 000		Minderheit
				Johann Widmer (SVP) Referat
				Enthaltung
				Pärparim Avdili (FDP), Martin Bürki (FDP)
				Begründung: 30 % kürzen, keine Gefälligkeitsgutachten mehr. Die Stadt hat genügend Personal - wir nehmen an, dass das Fachleute sind.

3132 00 000 Honorare externe Berater, Gutachter, Fachexperten usw.					
Institution	Bezeichnung	Budget bisher	Novemberbrief	Verbesserung	Budget neu
1000	Gemeinde	15 000	0	4 500	10 500
1005	Gemeinderat	200 000	0	60 000	140 000
1007	Finanzkontrolle	85 000	0	25 500	59 500
1010	Ombudsstelle	10 000	0	3 000	7 000
1020	Stadtkanzlei	1 016 000	0	304 800	711 200
1025	Abteilung Rechtskonsulent	4 500	0	1 400	3 100
1035	Datenschutzstelle	34 200	0	10 300	23 900
1070	Betriebsämter (Stadtamtsfrauen und Stadtmänner)	34 100	0	10 200	23 900
1080	Friedensrichterinnen- und Friedensrichterämter	83 000	0	24 900	58 100
1500	Präsidialdepartement Departementssekretariat	751 500	0	225 500	526 000
1505	Stadtentwicklung	688 000	0	206 400	481 600
1506	Fachstelle für Gleichstellung	48 000	0	14 400	33 600
1510	Kultur	1 132 500	0	339 800	792 700
1530	Bevölkerungsamt	394 000	0	118 200	275 800
1561	Projektstab Stadtrat	410 000	0	123 000	287 000
1565	Stadtarchiv	75 000	0	22 500	52 500
1575	Statistik Stadt Zürich	50 000	0	15 000	35 000
2000	Finanzdepartement Departementssekretariat	349 000	0	104 700	244 300
2015	Finanzverwaltung	588 500	0	176 600	411 900
2021	Liegenschaften Stadt Zürich	1 714 900	0	514 500	1 200 400
2034	Wohnen und Gewerbe	1 440 500	0	432 200	1 008 300
2035	Gastronomie	440 500	0	132 200	308 300
2036	Parkierungsbauten	81 000	0	24 300	56 700
2050	Human Resources Management	873 000	0	261 900	611 100
2051	Stadtweites Case Management am Arbeitsplatz	55 000	0	16 500	38 500
2080	Organisation und Informatik	35 360 100	0	10 608 000	24 752 100
2500	Sicherheitsdepartement Departementssekretariat	104 100	0	31 200	72 900
2520	Stadtpolizei	3 176 400	0	952 900	2 223 500
2525	Stadtrichteramt	399 000	0	119 700	279 300
2550	Schutz & Rettung	1 178 000	0	353 400	824 600

2551	Bildungszentrum Blaulicht	21 000	0	6 300	14 700
2555	Dienstabteilung Verkehr	55 000	0	16 500	38 500
3000	Gesundheits- und Umweltdepartement Departementssekretariat	860 000	0	258 000	602 000
3010	Städtische Gesundheitsdienste	1 413 300	0	424 000	989 300
3045	Umwelt- und Gesundheitsschutz	7 929 000	0	2 378 700	5 550 300
3500	Tiefbau- und Entsorgungsdepartement Departementssekretariat	280 000	0	84 000	196 000
3501	Fonds des überkommunalen Strassennetzes	100 000	0	30 000	70 000
3515	Tiefbauamt	6 335 600	0	1 900 700	4 434 900
3535	Entsorgung + Recycling, Abwasser	1 571 800	160 000	519 500	1 212 300
3550	Entsorgung + Recycling, Abfall	1 996 500	200 000	659 000	1 537 500
3555	Entsorgung + Recycling, Fernwärme	1 261 600	0	378 500	883 100
3560	Entsorgung + Recycling, Stadtreinigung	360 000	0	108 000	252 000
4000	Hochbaudepartement Departements- sekretariat	2 628 000	0	788 400	1 839 600
4015	Amt für Städtebau	3 500 000	0	1 050 000	2 450 000
4020	Amt für Hochbauten	610 000	0	183 000	427 000
4035	Amt für Baubewilligungen	250 000	0	75 000	175 000
4040	Immobilien Stadt Zürich	885 000	0	265 500	619 500
4500	Departement der Industriellen Betriebe Departementssekretariat	1 110 000	0	333 000	777 000
4525	Wasserversorgung	1 512 900	0	453 900	1 059 000
4540	Verkehrsbetriebe	4 520 600	0	1 356 200	3 164 400
5000	Schul- und Sportdepartement Departe- mentssekretariat	315 000	0	94 500	220 500
5005	Schul- und Büromaterialverwaltung	10 000	0	3 000	7 000
5010	Schulamt	1 501 700	0	450 500	1 051 200
5026	Musikschule Konservatorium Zürich	32 000	0	9 600	22 400
5030	Heilpädagogische Schule Zürich	56 100	0	16 800	39 300
5031	Schule für Kinder und Jugendliche mit Körper- und Mehrfachbehinderungen Zürich	37 900	0	11 400	26 500
5032	Schule Fokus Sehen	6 000	0	1 800	4 200
5033	Viventa15plus	5 900	0	1 800	4 100
5050	Schulgesundheitsdienste	53 600	0	16 100	37 500
5063	Fachschule Viventa	83 700	0	25 100	58 600
5500	Sozialdepartement Departementssekretariat	660 200	0	198 100	462 100
5510	Support Sozialdepartement	312 000	0	93 600	218 400
5515	Amt für Zusatzleistungen zur AHV/IV	270 000	0	81 000	189 000
5520	Laufbahnenzentrum	85 000	0	25 500	59 500
5530	Kindes- und Erwachsenenschutzbehörde der Stadt Zürich	900 000	0	270 000	630 000
5550	Soziale Dienste	557 000	500 000	317 100	739 900
5560	Soziale Einrichtungen und Betriebe	1 098 100	0	329 400	768 700
	Total	93 975 300	860 000	28 451 000	66 384 300

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 110 gegen 11 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

Die Sitzung wird beendet (Fortsetzung der Beratung siehe Sitzung Nr. 73, Beschluss-Nr. 2626/2023).

E i n g ä n g e

Es sind keine Vorstösse eingereicht worden.

K e n n t n i s n a h m e n

2627. 2022/159

Wahl eines Mitglieds in die SK SD nach der Wahl von Patrik Brunner (FDP) ins Vizepräsidium für den Rest der Amtsdauer 2022–2024

Es wird gewählt (Beschluss der Geschäftsleitung vom 11. Dezember 2023):

Marita Verbali (FDP)

Mitteilung an den Stadtrat und an das gewählte Kommissionsmitglied

2628. 2023/417

Schriftliche Anfrage der AL- und Grüne-Fraktion sowie weiteren Mitunterzeichnenden vom 30.08.2023:

Polizeieinsätze an Critical Mass, Definition der Bewilligungspflicht aufgrund der Gruppengrösse, strafrechtliche Verfolgung von Mitarbeitenden der Presse, Richtlinien oder Dienstanweisungen für Polizeiangehörige in Bezug auf die Einhaltung von Verkehrsregeln, Verhältnismässigkeit der angewendeten Mittel sowie Einfluss dieser Einsätze auf die Personalsituation

Der Stadtrat beantwortet die Schriftliche Anfrage (STRB 3515 vom 29. November 2023).

2629. 2023/419

Schriftliche Anfrage von Flurin Capaul (FDP) und Urs Riklin (Grüne) vom 30.08.2023:

Einsatz von Microsoft Office 365, Anzahl Tenants in der Verwaltung, Hintergründe zu den Lizenztypen, lizenzierte Applikationen pro Lizenztyp, Praxis betreffend geloggtter Zugriffe und Angaben zum Verrechnungsmodell sowie Gewährleistung des Datenschutzes

Der Stadtrat beantwortet die Schriftliche Anfrage (STRB 3514 vom 29. November 2023).

2630. 2023/422

Schriftliche Anfrage von Martin Götzl (SVP) und Jean-Marc Jung (SVP) vom 30.08.2023:

Unterbringung von Asylsuchenden in der Stadt, Zahlen und Hintergründe zum städtischen Kontingent und zu den Betreuungsplätzen, Verteilung auf die Stadtkreise, Strategie zu den geplanten Betreuungsplätzen und Information der Quartierbevölkerung sowie konkrete Nutzung von Liegenschaften und Anlagen durch die Asyl-Organisation Zürich (AOZ) und die Stadt

Der Stadtrat beantwortet die Schriftliche Anfrage (STRB 3519 vom 29. November 2023).

2631. 2023/442

Schriftliche Anfrage von Dr. Balz Bürgisser (Grüne) und Selina Walgis (Grüne) vom 13.09.2023:

Radonkonzentrationen in Schulgebäuden, durchgeführte Messungen, Kriterien zur Auswahl der Schulgebäude, Information der Beteiligten über die Messungen und die Ergebnisse, überschrittene Referenzwerte und angeordnete Sanierungen sowie Massnahmen hinsichtlich einer Radonkonzentration deutlich unter dem Referenzwert

Der Stadtrat beantwortet die Schriftliche Anfrage (STRB 3517 vom 29. November 2023).

2632. 2022/504

Weisung vom 26.10.2022:

Hochbaudepartement, Verordnung kommunaler Mehrwertausgleichsfonds (VO MAF), Neuerlass

Die Frist für das fakultative Referendum gegen den Gemeinderatsbeschluss vom 27. September 2023 ist am 4. Dezember 2023 ungenutzt abgelaufen.

Die amtliche Publikation erfolgt am 20. Dezember 2023.

2633. 2023/83

Weisung vom 01.03.2023:

Immobilien Stadt Zürich, Schulanlage Im Gut, Umbau, neue einmalige Ausgaben, Kreditübertragung

Die Frist für das fakultative Referendum gegen den Gemeinderatsbeschluss vom 27. September 2023 ist am 4. Dezember 2023 ungenutzt abgelaufen.

Die amtliche Publikation erfolgt am 20. Dezember 2023.

2634. 2023/84

Weisung vom 01.03.2023:

Immobilien Stadt Zürich, Schulanlage Zurlinden, Umbau, neue einmalige Ausgaben, Kreditübertragung

Die Frist für das fakultative Referendum gegen den Gemeinderatsbeschluss vom 27. September 2023 ist am 4. Dezember 2023 ungenutzt abgelaufen.

Die amtliche Publikation erfolgt am 20. Dezember 2023.

2635. 2023/105**Weisung vom 08.03.2023:****Immobilien Stadt Zürich, Schulanlage Milchbuck, Umbau, neue einmalige Ausgaben, neue wiederkehrende Ausgaben, Kreditübertragung**

Die Frist für das fakultative Referendum gegen den Gemeinderatsbeschluss vom 27. September 2023 ist am 4. Dezember 2023 ungenutzt abgelaufen.

Die amtliche Publikation erfolgt am 20. Dezember 2023.

2636. 2023/134**Weisung vom 22.03.2023:****Immobilien Stadt Zürich, Schulanlage Im Herrlig, Ersatzneubau, Quartierpark, Energiezentrale, Projektierungskredit**

Die Frist für das fakultative Referendum gegen den Gemeinderatsbeschluss vom 27. September 2023 ist am 4. Dezember 2023 ungenutzt abgelaufen.

Die amtliche Publikation erfolgt am 20. Dezember 2023.

2637. 2023/175**Weisung vom 05.04.2023:****Immobilien Stadt Zürich und Grün Stadt Zürich, Gemeinschaftszentrum Wipkingen und Umgebung, Ersatzneubau Blauer Saal und räumliche Optimierungen, neue einmalige Ausgaben**

Die Frist für das fakultative Referendum gegen den Gemeinderatsbeschluss vom 27. September 2023 ist am 4. Dezember 2023 ungenutzt abgelaufen.

Die amtliche Publikation erfolgt am 20. Dezember 2023.

2638. 2023/202**Weisung vom 19.04.2023:****Immobilien Stadt Zürich, Rütistrasse 17/19, Schlieren, Verlängerung Mietvertrag, neue wiederkehrende Ausgaben**

Die Frist für das fakultative Referendum gegen den Gemeinderatsbeschluss vom 27. September 2023 ist am 4. Dezember 2023 ungenutzt abgelaufen.

Die amtliche Publikation erfolgt am 20. Dezember 2023.

Nächste Sitzung: 13. Dezember 2023, 17.00 Uhr